VERORDNUNG (EWG) Nr. 842/73 DER KOMMISSION

vom 27. März 1973

über Sonderbestimmungen für die Erstattungen und die Gemeinschaftsbeihilfe, für die eine Vorausfestsetzung vor dem 13. Februar 1973 stattgefunden hat

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (1), zuletzt geändert durch die am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnete Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge (2), nachstehend „Akte" genannt, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 3, Artikel 27 Absatz 5 und Artikel 28 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (3), zuletzt geändert durch die Akte, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung Nr. 359/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (4), zuletzt geändert durch die Akte, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung Nr. 1009/67/EWG des Rates vom 18. Dezember 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (5), zuletzt geändert durch die Akte, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (6), zuletzt geändert durch die Akte, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 4 erster Unterabsatz,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 865/68 des Rates vom 28. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (7), zuletzt geändert durch die Akte, insbesondere auf Artikel 3a Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2682/72 des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden (8), insbesondere auf Artikel 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 13. Februar 1973 eine Dollarabwertung angekündigt. Diese Abwertung ist zwar noch nicht formell in Kraft getreten, wirkt sich aber schon jetzt auf den Devisenhandel sowie auf den Weltmarkt für Agrarprodukte aus.

Wenn eine offizielle Abwertung der Währung eines Drittlandes das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisationen oder der besonderen Handelsregelungen für gewisse landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse zu stören oder zu gefährden droht, können gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1134/68 des Rates vom 30. Juli 1968 zur Festsetzung der Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EWG) Nr. 653/68 über die Bedingungen für die Änderung des Wertes der Rechnungseinheit für die gemeinsame Agrarpolitik (9) geeignete Maßnahmen getroffen werden. Diese Verordnung kann im vorliegenden Fall nicht angewandt werden. Die gegenwärtige Lage weist jedoch eine gewisse Ähnlichkeit mit der dort bestehenden Situation auf Ausnahmsweise und um vor allem zu verhindern, daß die Auswirkungen der Währungsereignisse die schon vor dem 13. Februar 1973 langfristig geplanten Geschäfte insgesamt gefährden, empfiehlt es sich, die im voraus festgesetzten Erstattungen, die sich auf Ausfuhren beziehen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchgeführt worden sind, zu erhöhen, wobei die Beteiligten künftig die erforderlichen Maßnahmen treffen müssen, um sich gegen die Risiken der Wechselkursschwankungen abzusichern.

Aus ähnlichen Erwägungen erscheint es angezeigt, auch die im voraus festgesetzten Beträge der Beihilfen für die Ölsaaten anzupassen.

Der Betrag dieser Erhöhung sollte an Hand von Regeln festgesetzt werden, die für jedes Erzeugnis die technisch geeignetsten sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme der Verwaltungs-

(1) ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.
(2) ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.
(3) ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.
(4) ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 1.
(5) ABl. Nr. 308 vom 18. 12. 1967, S. 1.
(6) ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.
(7) ABl. Nr. L 153 vom 1. 7. 1968, S. 1.
(8) ABl. Nr. L 289 vom 27. 12. 1972, S. 13.
(9) ABl. Nr. L 188 vom 1. 8. 1968, S. 1.

ausschüsse für Fette, Getreide, Zucker, Milch und Milcherzeugnisse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die vor dem 13. Februar 1973 im voraus festgesetzten Erstattungen für Erzeugnisse, für welche die in Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 1373/70 (1) vorgesehenen Zollförmlichkeiten noch nicht erfüllt wurden, werden um einen — im folgenden Anpassungsbetrag genannten — Betrag erhöht, der je nach Erzeugnis gemäß den Artikeln 2 bis 7 dieser Verordnung festgesetzt ist oder werden soll.

Artikel 2

(1) Für Raps- und Rübsensamen beträgt der Anpassungsbetrag 10 v.H. des Unterschieds zwischen

— dem im Monat der Vorlage des Antrags auf Erteilung der Ausfuhrlizenz mit Vorausfestsetzung der Erstattung geltenden Richtpreis des betreffenden Erzeugnisses und

— der auf dieses Erzeugnis am Tag der Vorlage des Lizenzantrags anwendbaren Beihilfe.

(2) Für Olivenöl beträgt der Anpassungsbetrag 10 v.H. des Schwellenpreises.

Artikel 3

(1) Für die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung Nr. 120/67/EWG und die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung Nr. 359/67/EWG beträgt der Anpassungsbetrag 10 v.H. des Unterschieds zwischen

— dem Schwellenpreis des betreffenden Erzeugnisses, oder, für Paddy-Reis und halbgeschliffenen Reis, dem durch Anwendung der in Artikel 1 Absätze 1 oder 3 der Verordnung Nr. 467/67/EWG (2) vorgesehenen Koeffizienten erhaltenen Preis, der im Monat der Vorlage des Antrags auf Erteilung der Ausfuhrlizenz mit Vorausfestsetzung der Erstattung galt und

— der für das betreffende Erzeugnis am Tag der Vorlage des Lizenzantrags geltenden Einfuhrabschöpfung.

(2) Für die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Buchstabe c) der Verordnung Nr. 120/67/EWG gelten die Bestimmungen von Absatz 1, wobei sich versteht, daß der so errechnete Anpassungsbetrag für die Gruppe dieses Erzeugnisses gilt, die den niedrigsten Aschegehalt im Sinne der Verordnung Nr. 162/67/EWG (3) aufweist, und daß für die Gruppen mit einem höheren Aschegehalt der Anpassungsbetrag in dem gleichen Verhältnis, wie es sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergibt, verringert wird.

(3) Für die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Buchstabe d) der Verordnung Nr. 120/67/EWG und die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Buchstabe c) der Verordnung Nr. 359/67/EWG beträgt der Anpassungsbetrag 10 v.H. des Unterschieds zwischen

— dem im Monat der Vorlage des Antrags auf Erteilung der Ausfuhrlizenz mit Vorausfestsetzung der Erstattung geltenden Schwellenpreis des im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 1052/68 (4) genannten betreffenden Grunderzeugnisses und

— dem Durchschnitt der Einfuhrabschöpfungen dieses Grunderzeugnisses, die in dem dem Monat der Vorlage des Lizenzantrags vorausgehenden Monat gelten, wobei dieser Durchschnitt gegebenenfalls um die für den Monat der Vorlage des Antrags vorgesehene monatliche Erhöhung oder, wenn es sich dabei um den ersten Monat des Wirtschaftsjahres 1972/1973 handelt, nach Maßgabe des Unterschieds zwischen dem für den letzten Monat des Wirtschaftsjahres 1971/1972 und dem für den ersten Monat des Wirtschaftsjahres 1972/1973 gültigen Schwellenpreis berichtigt werden kann.

Auf diesen Unterschied wird der dem betreffenden Erzeugnis entsprechende Koeffizient, der in Anhang I dieser Verordnung genannt ist, angewandt.

Artikel 4

(1) Für die Erzeugnisse der Verordnung Nr. 1009/67/EWG entspricht der Anpassungsbetrag :

— 2 Rechnungseinheiten je 100 Kilogramm für Weißzucker,

— 1,84 Rechnungseinheiten je 100 Kilogramm für Rohzucker der Standardqualität gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 431/68 (5),

— 0,02 Rechnungseinheit je 1 % des Gehaltes an Saccharose und je 100 kg Eigengewicht für die Erzeugnisse gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) dieser Verordnung.

(2) Abweichend von Artikel 1 wird der im vorangegangenen Absatz genannte Anpassungsbetrag auch auf die Erstattungen angewandt, die im Rahmen einer Teilausschreibung im voraus festgesetzt wurden, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1897/72 (6) vor dem 13. Februar 1973 durchgeführt worden ist.

(1) ABl. Nr. L 158 vom 20. 7. 1970, S. 1.
(2) ABl. Nr. 204 vom 24. 8. 1967, S. 1.
(3) ABl. Nr. 128 vom 27. 6. 1967, S. 2574/67.
(4) ABl. Nr. L 179 vom 25. 7. 1968, S. 8.
(5) ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3.
(6) ABl. Nr. L 201 vom 2. 9. 1972, S. 8.

Artikel 5

(1) Für die Erzeugnisse der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 wird der Anpassungsbetrag jeweils im Anhang II dieser Verordnung festgesetzt.

(2) Abweichend von Artikel 1 wird der im vorangegangenen Absatz genannte Anpassungsbetrag nicht auf die Erstattungen angewandt, die im Rahmen einer von der „US Army Material, Command Europe" in Zweibrücken (Deutschland) vorgenommenen Ausschreibung, für die die Lieferungen nach dem 30. Juni 1973 durchgeführt werden müssen, im voraus festgesetzt worden sind.

Artikel 6

Für die in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 865/68 genannten Erzeugnisse ist der Anpassungsbetrag der in Artikel 3 Absatz 3 oder in Artikel 4 je nach dem verwendeten Erzeugnis genannte Betrag, unter Berücksichtigung der in Artikel 3 der obengenannten Verordnung enthaltenen Vorschrift über die Berechnung der Erstattungen.

Artikel 7

Für die Erzeugnisse gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2682/72 wird der Anpassungsbetrag nach den in den vorangegangenen Artikeln jeweils für das betreffende Grunderzeugnis erlassenen Regeln unter Berücksichtigung der Vorschriften der obengenannten Verordnung über die Berechnung der Erstattung festgesetzt.

Artikel 8

Die vor dem 13. Februar 1973 im voraus festgesetzten Beihilfen für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne und für Erzeugnisse, für die der Antrag des Teils I D der Bescheinigung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2114/71 [1] nicht zu diesem Zeitpunkt vorgelegt worden ist, werden um einen Betrag erhöht, der 10 v.H. des Unterschieds zwischen

— dem in dem Monat der Vorlage des Antrags des Teils A P der obengenannten Bescheinigung geltenden Richtpreis des betreffenden Erzeugnisses

und

— der auf das betreffende Erzeugnis am Tag der Vorlage des Antrags des Teils I D dieser Bescheinigung anwendbaren Beihilfe

beträgt.

Artikel 9

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 27. März 1973

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

---

[1] ABl. Nr. L 222 vom 2. 10. 1971, S. 2.

ANHANG I

Nummer des Tarifschemas, angewandt für die Erstattungen	Koeffizient
11.01 C (I)	1,50
11.01 C (II)	1,02
11.01 D (I)	1,80
11.01 D (II)	1,02
11.01 E (I)	1,40
11.01 E (II)	1,20
11.01 E (III)	0,87
11.01 F	1,06
11.01 H	1,02
11.02 A III (a)	1,55
11.02 A III (b)	1,02
11.02 A IV (a)	1,80
11.02 A IV (b)	1,02
11.02 A V (a)	1,80
11.02 A V (b)	1,40
11.02 A V (c)	1,20
11.02 A VI	1,06
11.02 B I a) 1 (aa)	1,50
11.02 B I a) 1 (bb)	1,02
11.02 B I a) 2 (aa)	1,02
11.02 B I a) 2 bb) (11)	1,60
11.02 B I a) 2 bb) (22)	1,02
11.02 B I b) 1 (aa)	1,50
11.02 B I b) 1 (bb)	1,02
11.02 B I b) 2 (aa)	1,70
11.02 B I b) 2 (bb)	1,02
11.02 B II a) (1)	1,02
11.02 C III (a)	2,00
11.02 C III (b)	1,60
11.02 C IV	1,02
11.02 D II	1,02
11.02 E I b) 1 (aa)	1,50
11.02 E I b) 1 (bb)	1,02
11.02 E I b) 2 (aa)	2,00
11.02 E I b) 2 (bb)	1,60
11.02 E I b) 2 (cc)	1,02
ex 11.02 E II c) (1)	1,60
ex 11.02 E II c) (2)	1,30
ex 11.02 E II c) (3)	1,10
11.02 E II e) 1	1,06
11.02 F III	1,02
11.02 F IV	1,02
11.02 F V	1,02
11.02 G I	0,25
11.02 G II	0,25
11.07 A I a)	1,78
11.07 A I b)	1,33
11.07 A II a)	1,78
11.07 A II b)	1,33
11.07 B	1,55
11.08 A I	1,61
11.08 A III	2,20
11.08 A IV	1,61
11.08 A V	1,61
11.09 A	4,00
17.02 B II a)	2,10
17.02 B II b)	1,61
17.05 B I	2,10
17.05 B II	1,61
23.02 A I a)	0,08
23.02 A I b) 1	0,08
23.02 A I b) 2	0,08
23.02 A II a)	0,08
23.02 A II b)	0,08
23.03 A I	2,00

Nummer des Tarifschemas, angewandt für die Erstattungen	Sonderunterteilung für die Erstattung	Koeffizient
23.07 B I	3010	0,10
	4010	0,25
	5010	0,45
	6010	0,60
	7010	0,75

ANHANG II

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Anpassungsbetrag RE/100 kg, wenn nichts anderes angegeben
ex 04.01 A I	Joghurt, Buttermilch	0,89
ex 04.01 A II	mit einem Fettgehalt von :	
	— 1 Gewichtshundertteil oder weniger	0,61
	— mehr als 1,8 bis 2,2 Gewichtshundertteilen	0,89
	— mehr als 3 Gewichtshundertteilen	0,94
ex 04.01 B	mit einem Fettgehalt von :	
	— mehr als 10 bis 17 Gewichtshundertteilen	1,17
	— mehr als 17 bis 21 Gewichtshundertteilen	1,76
	— mehr als 35 bis 39 Gewichtshundertteilen	3,51
ex 04.02 A II	mit einem Fettgehalt von :	
	— 11 Gewichtshundertteilen oder weniger	4,25
	— mehr als 11 bis 17 Gewichtshundertteilen	5,06
	— mehr als 17 bis 25 Gewichtshundertteilen	5,47
	— mehr als 25 bis 27 Gewichtshundertteilen	6,00
	— mehr als 27 bis 29 Gewichtshundertteilen	6,14
ex 04.02 A III	mit einem Fettgehalt von :	
	— mehr als 3 bis 7 Gewichtshundertteilen	2,30
	— mehr als 7 bis 8,9 Gewichtshundertteilen	3,40
	— mehr als 8,9 bis 11 Gewichtshundertteilen	4,03
	— mehr als 39 bis 45 Gewichtshundertteilen	3,90
ex 04.02 B I	mit einem Fettgehalt von :	
	— 11 Gewichtshundertteilen oder weniger	0,0425 (1) je kg
	— mehr als 11 bis 17 Gewichtshundertteilen	0,0506 (1) je kg
	— mehr als 17 bis 25 Gewichtshundertteilen	0,0547 (1) je kg
	— mehr als 25 bis 27 Gewichtshundertteilen	0,0600 (1) je kg
	— mehr als 27 bis 29 Gewichtshundertteilen	0,0614 (1) je kg
ex 04.02 B II	mit einem Fettgehalt von :	
	— 6,9 Gewichtshundertteilen oder weniger	1,50 (2)
	— mehr als 6,9 bis 9,5 Gewichtshundertteilen	3,70 (2)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Anpassungsbetrag RE/100 kg, wenn nichts anderes angegeben
04.03	Butter	8,00
04.04	— „Cottage Cheese"	3,50
	— andere	7,50
23.07 B I a) 3	mit einem Gehalt an Magermilchpulver der Tarifstelle 04.02 A II b) I von	
	— 60 oder mehr, jedoch weniger als 70 Gewichtshundertteilen	2,64
	— 70 oder mehr Gewichtshundertteilen	3,06
23.07 B I a) 4	mit einem Gehalt an Magermilchpulver der Tarifstelle 04.02 A II b) I von mehr als 75 Gewichtshundertteilen	3,27

(1) Der Anpassungsbetrag für 100 kg Erzeugnis dieser Tarifstelle ist gleich der Summe folgender Teilbeträge :
a) dem je Kilogramm angegebenen Betrag, multipliziert mit dem Gewicht von in 100 kg Erzeugnis enthaltener Milch und Rahm,
b) einem Zusatzbetrag für jedes Gewichtshundertteil in 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses enthaltener Saccharose gleich der auf 1 kg Weißzucker anwendbaren Anpassung.

(2) Der Anpassungsbetrag für 100 kg Erzeugnis dieser Tarifstelle ist gleich der Summe folgender Teilbeträge :
a) dem angegebenen Betrag,
b) einem Zusatzbetrag für jedes Gewichtshundertteil in 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses enthaltener Saccharose gleich der auf 1 kg Weißzucker anwendbaren Anpassung.

Bei der Berechnung des Fettgehalts ist das Gewicht der milchfremden Stoffe nicht zu berücksichtigen.